Für eilige Leser
am Dienstag morgen.

Beiderseits der Lys, am La-Bassée-Kanal und an beiden Seiten der Somme nahm die Artillerietätigkeit zeitweilig große Stärke an.

Beiderseits des La-Bassée-Kanals sind englische Teilangriffe unter schweren Feindverlusten gescheitert.

Deutsche Seeflieger haben vor der Themsemündung zwei englische Unterseeboote durch Bombentreffer schwer beschädigt.

Im Mittelmeer haben deutsche Unterseeboote vier Dampfer und drei Segler von zusammen 16 000 Tonnen versenkt.

Fünf feindliche Flieger haben am Sonntag Konstantinopel mit Bomben angegriffen; der Schaden ist sehr gering.

Der Moskauer Sowjet beschloß, die Sozialrevolutionäre und Menschewiki aus seiner Körperschaft auszustoßen.

Sämtliche irische Hafenstädte sind als Kriegsgefahrzone erklärt und dem militärischen Befehlshaber unterstellt worden.

Die sogenannte kleine Reichstagswahlreform wurde im Reichstag in zweiter Lesung gegen die Stimmen der Rechten und des Zentrums angenommen.

Die nächste Butterverteilung in Dresden findet am 12. und 13. Juli statt.

Wetteransage der amtl. sächs. Landeswetterwarte: Trüb, kühl, Niederschläge möglich.

---

gelegenheit ist höchstwahrscheinlich von Mitgliedern der Kommission zur Bekämpfung der Gegenrevolution künstlich geschaffen worden, um einen Vorwand zu haben, zum Gesandten persönlich vorzudringen. (W. T. B.)

Moskau, 8. Juli. Die Kämpfe in Moskau sind bisher zugunsten der Bolschewiki ausgelaufen. (W. T. B.)

Der Kampf der Sowjets gegen die Gegenrevolution.

Moskau, 6. Juli. Die hiesige Presse meldet: Am 16. Juni ist in Kem ein Panzerzug mit englischen, französischen und serbischen Truppen unter Führung russischer Offiziere eingetroffen. Der Führer des Zuges gab an, der Zug sei eingetroffen, um die Stadt gegen anrückende Finnländer zu verteidigen. Die Angestellten der Murmanbahn haben sich in einer am 28. Juni in Kem abgehaltenen Versammlung für ihre bolschewistischen Vertreter ausgesprochen und die Mitglieder der Sozialrevolutionären und menschewistischen Partei aus den Eisenbahner-Sowjets ausgeschlossen. Der Delegiertenkongreß aller Militär- und See-Abteilungen des Abschnittes Weißes Meer—Murmansk haben die Einberufung eines allrussischen Kongresses der Seeleute beschlossen, um die Aufgaben der Flotte in der jetzigen Lage zu klären. Die im Abschnitt Syskam gelegenen Stationen Nalenka und Nowospaßkoie sind von den Rätetruppen eingenommen. In der Richtung auf Schadrinsk zeigen sich Kosakenpatrouillen.

Im Abschnitte von Omsk entwickeln sich Kämpfe zugunsten der Rätetruppen. Auch im Dongebiete wird mit Kosaken heftig gekämpft. Nach Mitteilungen aus tschechischen Kreisen in Moskau verstärkt sich der Einfluß der tschechischen Kommunistenpartei unter den tschechischen Soldaten. Einzelne tschechische Abteilungen haben sich geweigert, gegen die Rote Armee zu kämpfen und verlangen Angabe der Kriegsziele und der russischen Friedensbedingungen, sowie Verhandlungen mit der russischen Regierung. (W. T. B.)

b. **Genf**, 8. Juli. (Eig. Drahtmeld.) Nach den aus Moskau in Paris eingetroffenen Meldungen entspricht die Lage in Rußland keineswegs den Erwartungen, da sich die Bolschewiki-Regierung den Aufständischen überlegen zeigt. Die letzteren hatten anscheinend auch Fühlung mit den gegen die Kiewer Regierung aufgebotenen Revolutionären, die im Inlande Bevölkerungszuzug suchen.

Nach den „Basler Nachrichten" bestätigt eine „Times"-Meldung, daß die Anregungen Trotzkos bezüglich eines Bündnisses mit Deutschland immer festere Gestalt annehmen. Bolschewistische Truppen an der Murmanküste bekunden die feste Absicht, die eingedrungenen Ententekräfte zu bekämpfen und aus dem russischen Reichsgebiete hinauszujagen.

Die Haltung der Gegenrevolutionäre.

Die Sowjet-Regierung in Moskau läßt große Mengen von Kundgebungen auf den Straßen verteilen, in denen ausgeführt wird, daß die Sozialrevolutionäre sich mit den Imperialisten verbunden hätten, um beim Volke Mißtrauen gegen die Bolschewiki zu erregen und ihren Sturz herbeizuführen.

(Petersb. Telegr.-Agentur.) Der Moskauer Sowjet hat beschlossen, die den Parteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki angehörenden Mitglieder aus seiner Körperschaft auszustoßen. (W. T. B.)

Ultimatum des Verbandes an die Bolschewiki?
(Eigene Drahtmeldung.)

Zürich, 8. Juli. Laut dem „Tagesanzeiger" meldet die römische „Tribuna": Die Alliierten künden vor einem Ultimatum an die Bolschewikigesellschaft in Moskau.

Das „Erbe Kerenskis".

Stockholm, 8. Juli. „Svenska Dagbladet" erfährt aus Petersburg: Der Verband stellt für seine Einmischung in Rußland die Bedingung, daß hervorragende russische Staatsmänner sie verlangen. Diese sollen eine Regierung bilden, die das Erbe Kerenskis übernimmt. Als deren Mitglieder werden genannt: Kerenski, Terestschenko, Tschaikowitsch und Iswolski als Minister des Aeußeren. Die neue Regierung wird auf englischen Schiffen nach Murman gebracht werden. Dort soll dann die Erfüllung der Bündnispflichten gegen den Verband und die Aufhebung des Brester Friedens verkündet werden. (W. T. B.)

Die Tschechenherrschaft in Wladiwostok.

London, 8. Juli. Das Reutersche Bureau meldet aus Wladiwostok vom 30. Juni: Der Kommandant der Tschecho-Slowaken überreichte dem örtlichen Sowjet ein Ultimatum, in dem er die Absicht ankündigte, die örtlichen Bolschewiki zu entwaffnen wegen ihres Widerstandes gegen den Durchzug der Tschecho-Slowaken aus Westsibirien nach Wladiwostok. Er gewährte einen halben Tag Frist für die Antwort. Da er keine erhielt, so schritt er zur Entwaffnung, die fast ohne Widerstand durchgeführt wurde. Nur um ein Gebäude nahe der Eisenbahnstation fand ein Kampf statt. Die Tschechen nahmen es am Abend ein. Viele Bolschewiki wurden getötet und verwundet. Die frühere örtliche Verwaltung wurde wieder eingesetzt. Es herrscht vollkommene Ordnung. (W. T. B.)

Der Zar lebt.

(P. T.-A.) Der Vizepräsident des Vollzugsausschusses des Sowjet in Jekaterinburg hat dem Rat der Volkskommissare telegraphisch mitgeteilt, daß die Nachricht von der Ermordung des ehemaligen Zaren eine der provokatorischen Lügen ist. (W. T. B.)

Die finnische Neutralität.

„Berlingske Tidende" zufolge meldet das „Stockh. Dagbl." aus Helsingfors, daß die finnische Regierung nicht die Absicht habe, so wie es von der Entente verlangt wird, eine neue Neutralitätserklärung zu veröffentlichen. Wie bisher, wird die finnische Regierung aber korrekte Neutralität beobachten. Die Regierung will auch keine Truppen nach Russ. Karelien senden. Die Truppen, die an der Grenze ständen, befänden sich dort nur zu Abwehrzwecken. (W. T. B.)

Mißlungene feindliche Täuschungsversuche.

Berlin, 8. Juli. [illegible] der Vorfeldkämpfe der Verbandstruppen, die zwischen Merris und dem La-Bassée-Kanal, sowie südlich Hamel mit stärkeren Kräften angeführt wurden, sind ausnahmslos abgewiesen worden. Am Signon-Bach versuchte der Gegner die Deutschen dadurch zu täuschen, daß er seine Patrouillen deutsche Stahlhelme aufsetzten. Diese Hilfsmittel wurde rechtzeitig erkannt und brachte seinen Truppen nur Verluste ein. Somit wurde wiederum verschossen. Ein Angriff französischer Flieger auf die Dünkirchener Docks hatte bedauerliche langwährende Brände zur Folge. (W. T. B.)

Die Angst vor der neuen deutschen Offensive.

b. **Zürich**, 8. Juli. (Eig. Drahtmeld.) Das Pariser „Journal" läßt sich aus London von einer Persönlichkeit, die in allen militärischen Angelegenheiten gut unterrichtet ist, berichten, daß die Deutschen eine neue Offensive großen Ausmaßes vorbereiten. Die Truppenlage, die besonders dicht zwischen Reims und dem Meere beschaffen sei, lasse keine genaue Voraussage über die Angriffsstelle zu. Die Jahreszeit sei dem Deutschen günstig und sie hätten noch viel Zeit vor sich. Sie müßten da angreifen, wo man es nicht erwarte, und auch diese Offensive werde nicht ihre letzte sein.

Die Abweisung der italienischen Angriffe bei Asiago.

Wien, 8. Juli. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet: Während die Räumung der Piaveinsel ohne Störung durch den Feind mit Ruhe und Ordnung durchgeführt werden konnte, setzte bereits um 4 Uhr früh auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden heftiges Artilleriefeuer gegen unsere Stellungen bei Asiago ein. Vereinzelte hierauf folgende feindliche Vorstöße im Raume bei Sisemol und Asiago scheiterten. Ein östlich vom Monte Pertica angesetzter italienischer Angriff brach zusammen. Ein mittags neuerlich versuchter Angriff wurde ebenfalls glatt abgewiesen. Der Feind erlitt schwere Verluste. An der Tiroler West- und Südfront herrschte Artillerietätigkeit. An der Abwehr von italienischen Angriffen an der Piavemündung wirkten auch unsere Luftstreitkräfte erfolgreich mit. Auch in Albanien herrschte sehr rege Flugtätigkeit. (W. T. B.)

Zur italienisch-französischen Grenzsperre.
(Eigene Drahtmeldung.)

Zürich, 8. Juli. Der italienisch-französische Eisenbahnverkehr ist seit letzten Freitag wieder auf unbestimmte Zeit gesperrt. Den Blättern zufolge handelt es sich um Truppentransporte zwischen den beiden Ländern.

Japanischer Rüstungskredit.
(Eigene Drahtmeldung.)

Basel, 8. Juli. Die Londoner „Morning Post" meldet aus Tokio: Dem japanischen Parlament ist eine Sonderkreditvorlage von 300 Millionen Yen zugegangen, die im Zusammenhange mit der allgemeinen Lage in Ostasien steht.

Der Mörder Robert Pragers freigesprochen.

In dem Prozeß gegen die Mörder des Deutschen Robert Prager, der im Staate Illinois gelyncht worden war, wurden sämtliche elf Angeklagte nach kurzer Beratung der Geschworenen einstimmig freigesprochen. — Der Sekretär der sozialistischen Partei im Staate Washington ist zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt worden, weil er in seinem Arbeitszimmer folgende Inschrift hängen hatte: „Sei kein Soldat, sei ein Mann!" — Diese beiden Urteile nebeneinander ergeben ein drastisches amerikanisches „Kulturbild".

Unsere Seeflieger an der Themsemündung.

Berlin, 8. Juli. Wieder hat der amtliche Bericht von der hervorragenden Leistung eines unserer besten Seeflieger, des Oberleutnants d. Res. Christiansen, Meldung erstatten können. Am 6. Juli nachmittags hat dieser bewährte Offizier mit seiner Staffel vor der Themsemündung zwei englische Unterseeboote angegriffen und beide erheblich beschädigt, eins davon so schwer, daß sein Sinken wahrscheinlich ist. Ein Kampf zwischen Unterseeboot und Flugzeug, das ist eine der phantastisch anmutenden neuen Gefechtsarten, die uns diesen Erfolg gebracht hat, ein Kampf zwischen zwei technisch aufs höchste entwickelten, selbst tödbringenden, aber auch äußerst verletzlichen Waffen. Wir erfahren zu dieser Begebenheit noch folgende Einzelheiten:

Eine der Seeflugstaffeln des Marinekorps unter Christiansens Führung war am 6. mittags von der flandrischen Küste aus bei hellem Wetter zur Fernaufklärung nach der englischen Küste aufgestiegen. Vor der Themsemündung in der Nähe des Strandes von Shiwash sichteten unsere Flugzeuge ein aufgetaucht fahrendes englisches Unterseeboot, das die Bezeichnung „C 25" groß am Turme aufgemalt trug. Bevor es Zeit fand, zu tauchen, stießen mehrere Flieger auf ihre Beute herab und griffen das Boot aus nächster Nähe mit Maschinengewehrfeuer an. Binnen kurzem war die an Deck befindliche Besatzung des Fahrzeuges getötet. Nur der Kommandant hielt sich noch eine Zeitlang auf dem Turme und suchte, mit seinem Karabiner feuernd, der gefährlichen Gegner Herr zu werden, bis auch er fiel. Der Tauchmechanismus war offenbar so beschädigt, daß ein Unterwasserbringen des Bootes nicht mehr möglich war.

Aus nächster Nähe wurde das Boot immer wieder von den Salven unserer Maschinengewehre überschüttet, bis ihre gesamte Munition verfeuert war. 35 Minuten lang hatte das Gefecht gedauert. Steuer- und bewegungslos trieb das Unterseeboot im Strome, als unsere Flugzeuge den Rückmarsch antraten. Auf ihre Meldung hin flog sofort eine zweite Staffel nach dem Orte des Gefechts. Sie traf „C 25" im Schlepp eines anderen Unterseebootes „E 51" und griff sofort beide Boote diesmal auch mit Bomben an. Auf „C 25" wurden zwei Bombenvolltreffer erzielt. Nach einer halben Stunde wurde das Gefecht abgebrochen, nachdem abermals der Munitionsvorrat erschöpft war.

Die Staffel Christiansen, die sich inzwischen erneut auf den Weg gemacht hatte, stellte fest, daß „C 25" völlig manöverunfähig, anscheinend in sinkendem Zustande, vor der Themse trieb, während das andere Unterseeboot in offenbar schwer beschädigtem Zustande von hinzugekommenen englischen Zerstörern ins Schlepp genommen wurde. Stolz auf ihren Erfolg, kehrten unsere Flugzeuge, ohne selbst irgendwelchen Schaden erlitten zu haben, in den Hafen zurück. (W. T. B.)

Krise in der englischen Admiralität?

b. Das holländische Nieuwe Bureau meldet aus London: Es laufen Gerüchte um über eine bevorstehende Krise in der britischen Admiralität. Allan Andersen, der Schwager Sir Geddes, wird nach einer sehr heftigen Auseinandersetzung mit dem Chef der Neubauten-Organisation wahrscheinlich zurücktreten. Offenbar war die verschwenderische Art, wie beim Handelsschiffsneubau verfahren wurde, dem Flottenkontrolleur zu stark geworden.

Die Revolution in Irland.

b. „Petit Journal" berichtet: Sämtliche irischen Hafenstädte sind als Kriegsgefahrzone erklärt und dem militärischen Befehlshaber unterstellt worden. Die Vorgänge in Dublin am letzten Donnerstag führten zu einer Schließung aller höheren Lehranstalten und des Priesterseminars.

Die Reichstagswahlreform im Reichstag.
(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 8. Juli. An Stelle des erkrankten Abgeordneten Dr. Neumann-Hofer (Fortschr. Vp.) und des verhinderten Abgeordneten Dr. Belzer (Zentr.) werden zu Hilfsschriftführern gewählt die Abgg. Dr. Dove (Vp.) und Dr. Pfeiffer (Zentr.). Die Vorlage über die Verlängerung der Legislaturperiode um ein Jahr wird gegen die Stimmen der unabhängigen Sozialisten in allen drei Lesungen angenommen, ebenso das Gesetz über die Verlängerung des Mandatsdauer des Landtags für Elsaß-Lothringen. Die zur zweiten Lesung stehende Vorlage über

die Reichstagswahlreform

vermehrt die Zahl der Reichstagsmandate für die Wahlkreise Berlin auf 10, Teltow auf 7, Marburg auf 5, Bochum und Leipzig auf je 5, Köln, Breslau, Duisburg, Dortmund, Essen, Niederbarnim, München und Dresden auf je 3 und Frankfurt a. M., Düsseldorf, Elberfeld, Hannover, Stuttgart, Königshütte, Hindenburg, Kiel, Recklinghausen, Nürnberg, Chemnitz, Mannheim und Bremen auf je zwei. In all diesen Wahlkreisen soll die Verhältniswahl durch gebundene Listen eingeführt werden. — Abg. Landsberg (Soz.): Gegenüber den Wahlrechtserweiterungen in manchen anderen Ländern ist diese Reform höchst mager. Wo bleibt das Frauenwahlrecht? Wir beantragen den allgemeinen Proporz. — Abg. Dr. Müller-Meiningen (Vp.): Wir halten an den Ausschußbeschlüssen fest. Die Annahme des sozialdemokratischen Antrags müßte die Vorlage zum Scheitern bringen. — Abg. Dr. Bell (Zentr.): Der vom Ausschuß beschlossene § 5a, der je ein neues Mandat für diejenigen Wahlkreise mit über 300 000 Einwohnern, deren Volkszahl um 200 000 weiter gewachsen ist, gewähren will, ist

ein Sprung ins Dunkle,

den wir nicht mitmachen. — Abg. Graf Westarp (Kons.): Wir stimmen gegen den Gesetzentwurf. Das vorgesehene System der Verhältniswahl läßt den Wählern nicht die geringste Freiheit in der Auswahl der Kandidaten mehr. Auch wir Konservativen legen Wert auf Geschlossenheit und haben wohl im Kriege Proben einer Geschlossenheit geliefert, wie nicht alle Parteien; aber wir wünschen nicht, daß die Wähler von Gesetzes wegen unter die Disziplin der Parteivorstände gebeugt werden.

Vizekanzler v. Payer erklärt, nicht zugeben zu können, daß er das Geheimnis ans Licht gezogen habe, daß die Regierung schon jetzt eine spätere Ausdehnung dieses Entwurfes ins Auge faßt. — Abg. Dr. Herzfeld (Unabh. Soz.) spricht namens der unabhängigen Sozialdemokraten gegen diese Vorlage. — Abg. Dr. v. Laszewski (Pole) bezeichnet die Vorlage als Ungerechtigkeit gegenüber den Polen. — Abg. Hoff (Vp.) erklärt, daß seine Freunde den konservativen Antrag, wonach die jetzt zu Landwahlkreisen gehörenden städtischen Vororte aus diesen Wahlkreisen herausgenommen und den städtischen hinzugeschlagen werden sollen, ablehnen.

Der sozialdemokratische Antrag wird gegen die Stimmen der Polen und beider sozialdemokratischer Fraktionen, der konservative Antrag gegen die Rechte abgelehnt und die ersten fünf Paragraphen der Vorlage gegen die Stimmen der Konservativen, eines Teiles der Deutschen Fraktion und der Unabhängigen Sozialdemokraten angenommen. Ueber § 5a (Automatische Mandatsvermehrung bei Erhöhung der Volkszahl der Riesenwahlkreise um weitere 200 000) wird namentlich abgestimmt. Die Annahme erfolgt mit 158 Stimmen der gesamten Linken, einschließlich der Polen und der Elsässer, gegen 130 Stimmen der Rechten und des Zentrums. Der Rest des Gesetzes wird unverändert angenommen. — Der vom Abg. Dr. Müller-Meiningen (Vp.) beantragten sofortigen dritten Lesung widerspricht Abg. Gröber (Z.), weshalb sie unterbleiben muß.

Darauf werden

Beamtenfragen,

Beamtenorganisationen in Heer und Marine besprochen. — Abg. Trimborn (Zentr.) bemerkt, die Beamtenorganisation müsse baldigst vorbereitet werden, damit sie sofort nach dem Kriege verwirklicht werden kann. Die Beamten beklagen sich darüber, daß sie kontrolliert und revidiert werden von Beamten, die die zu kontrollierenden Stellen nicht aus eigener Erfahrung kennen. Deshalb ist es nötig, auch bei den Heeres- und Marinebeamten eine durchlaufende Karriere zu schaffen, wie sie bei der Post besteht. — General v. Oven: Die Neugestaltung der Beamtenorganisation ist nicht neu, sie ist schon längst geplant, durch den Krieg hat sie sich etwas verzögert. Eine Sperrung der Anwärterannahme würde zwar die Zahl der Anwärter verringern, dem Kreis der Militär- und Zivilpersonen, die auf diese Stellen reflektieren, aber sehr unangenehm sein. — Generalfeldzeugmeister v. Coupette: Sämtliche Arbeiter in unseren Betrieben haben auch während des Krieges ihren Urlaub. Die meisten Gehilfen können nicht durchweg Beamtenstellen erhalten. Die Kanzleischreiber zu Kanzlisten zu befördern, ist nicht angängig. Nach dem Kriege werden die Zeitlöhne sofort einer Revision unterzogen werden müssen. Die Kriegsbeschädigten kommen in ihre alten Stellen. Ihre Renten werden ihnen nicht angerechnet. Bisher haben wir 11 000 Kriegsbeschädigte, darunter 118 Kriegsblinde, eingestellt. (Bravo!) — Abg. Weinhausen (Fortschr. Vp.): Wenn wir hier Forderungen stellen, so wollen wir damit die Kriegführung nicht erschweren, sondern sie vielmehr durch Verbesserungen der Stimmung fördern. — Abg. Held (ntl.): Die Beamten dürfen nicht sofort wieder versetzt werden. Dem muß durch Bildung eines Verwaltungsbeamtenkorps abgeholfen werden. Die Beamtenstellvertreter müssen nach längstens zehn Jahren zu Hilfsbeamten befördert und bessergestellt werden. — Generalfeldzeugmeister v. Coupette: Den oberen Beamten wird mit allem Wohlwollen begegnet. Nach dem Kriege wird auch hier Durchgreifendes geschehen. — Abg. v. Gräfe (kons.): Der Ausschuß hat fruchtbare Arbeit im Sinne einer wirklichen Reform geleistet. Die Militäranwärter mit Offiziersqualifikation müßten nachträglich befördert werden. — Abg. Werner-Herzfeld (Dtsch. Fr.): Es ist nicht richtig, daß die Verwaltungsbeamten den Offiziersrang haben wollen der Uniform wegen; sie wollen ihre Stellung durch ihre Autorität haben. Das Prüfungswesen muß von der Verwaltung getrennt, besondere Prüfungspläne müssen errichtet werden. — General v. Oven: Für den Beurlaubtenstand bilden die Militärbeamten die nötige Grundlage. Nach dem Kriege wird das Erforderliche geschehen. — Abg. Büchner (Unabh. Soz.): In Spandau kommen schwere Ausschreitungen gegen Arbeiterinnen vor. Die Bestimmung, daß bei Lohnfragen die Arbeiterausschüsse gehört werden sollen, steht nur auf dem Papier. Nicht Offiziere, sondern gut vorgebildete Fachmänner sollten an die Spitze der Betriebe gestellt werden. Die Nachtschicht für Frauen muß beseitigt werden.

Damit schließt die Aussprache. Nächste Sitzung: Dienstag, 11 Uhr: Anfragen, Kriegskreditvorlage, Steuervorlagen. — Schluß ½10 Uhr.

*

Kritische Stimmen im Preußischen Herrenhause.

b. Der Hauptberichterstatter des Ausschusses im Preußischen Herrenhause Graf Seidlitz-Sandreczki sagte in seinem Bericht, der die allgemeine Besprechung mit der Forderung voller Offenheit einleitet: Man fürchtet, volle Klarheit könne beim Ausland den Kriegswillen stählen. Wenn wir glauben sollten, das Ausland wüßte nicht besser als wir und unsere Kriegsämter, was wir haben, so würden wir schief gewickelt sein. Es sei Aufgabe der Regierung, zu sagen, so und so viel haben, so eng müssen wir unseren Schmachtriemen schnallen. So wie bisher gehe es nicht weiter, das wisse jeder, der in der Produktionsarbeit stehe. An die Staatsregierung sei das dringende Er-